

Dringlicher Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke und der Fraktion der FDP

Campus für Demokratie gemeinsam mit dem Bund weiterentwickeln

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die ehemalige Stasi-Zentrale mit dem angrenzenden Quartier in Berlin-Lichtenberg ist ein Ort der Diktatur-, Revolutions- und Demokratiegeschichte von nationaler und internationaler Bedeutung. Dieser Ort steht gleichermaßen für das Unrecht der sowjetischen Militärjustiz, für die jahrzehntelange Repression durch das Ministerium für Staatssicherheit, für die Revolution, insbesondere durch die Besetzung des Geländes durch die Bürgerinnen und Bürger am 15. Januar 1990, für das Ringen um den Umgang mit den Hinterlassenschaften der Diktatur und die Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft und für den Prozess der Aufklärung über Diktatur und Widerstand durch die jahrzehntelange Arbeit der auf dem Gelände tätigen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Initiativen.

Über seine historische Bedeutung und seine Rolle in der Gedenk- und Bildungslandschaft hinaus ist das Gelände ein Stadtraum mit einer vielfältigen Nutzung durch Bürgerinnen und Bürger, der einer Weiterentwicklung bedarf, um den sich veränderten Anforderungen an Nutzbarkeit, Barrierefreiheit, Aufenthaltsqualität und Mobilität gerecht zu werden.

Vor diesem Hintergrund soll der Campus für Demokratie als gemeinsames Projekt des Bundes und des Landes Berlin weiterentwickelt werden. Eine Sanierung und Überführung in eine angemessene Nutzung der meisten Gebäude ist dringend und baldmöglichst erforderlich. Dabei und auch bei der Errichtung von Neubauten muss eine Balance gefunden werden, den Charakter und die Geschichte des Ortes zu bewahren und gleichzeitig eine zukunftsorientierte Nutzungsmischung zu ermöglichen. Im Fokus steht dabei die Gesamtentwicklung und nicht eine grundstückswise Einzelentwicklung.

Aus einem Ort der Diktatur und des demokratischen Aufbruchs soll ein Campus der Erinnerung, der Auseinandersetzung mit der Geschichte, der Gestaltung der Gegenwart und von Begegnung, Kultur und Bildung werden – ein Ort mit Vergangenheit und für die Zukunft. Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte und die aktuellen Nutzer des Geländes wie das Bundesarchiv, das Stasimuseum, die Robert-Havemann-Gesellschaft, die ansässigen Opferverbände und weitere Vereine und Aufarbeitungsinitiativen sollen aktiv in die inhaltliche Konzeption und deren Umsetzung einbezogen werden.

Der Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auf Bundesebene sieht eine Aktualisierung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes und die Unterstützung der Weiterentwicklung der ehemaligen Stasi-Zentrale zum Campus für Demokratie vor.

Der Senat wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass der Campus für Demokratie aufgrund seiner nationalen Bedeutung in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes als herausgehobener Ort deutscher Diktatur- und Demokratiegeschichte aufgenommen wird und zudem im Rahmenkonzept der Stiftung Orte der Demokratiegeschichte ergänzt wird.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie wird aufgefordert die Etablierung des Geländes als außerschulischen Lernort zu forcieren und hierfür gemeinsam mit den auf dem Gelände tätigen Institutionen, wie dem Bundesarchiv, der Robert-Havemann-Gesellschaft und dem Stasimuseum eine entsprechende Konzeption zu erarbeiten.

Als wesentliche Ankernutzungen begrüßt das Abgeordnetenhaus die Entscheidung des Bundes auf dem Gelände ein Archivzentrum SED-Diktatur einzurichten, in dem neben den Stasi-Unterlagen weitere Bestände des Bundesarchivs mit Bezug zur DDR-Geschichte untergebracht werden sollen.

Der Deutsche Bundestag hat die Erstellung einer Dauerausstellung sowie eines virtuellen Zeitzeugenarchivs zur Oppositions- und Widerstandsgeschichte über den gesamten Zeitraum kommunistischer Diktatur von 1945 bis 1989 unter Einbeziehung der Bestände des Archivs der DDR-Opposition beschlossen. Hierfür liegt von der Robert-Havemann-Gesellschaft eine Machbarkeitsstudie für ein Forum Opposition und Widerstand 1945-1990 (FOW) vor. Der Senat wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung für eine schnelle Realisierung des FOW als relevanten Baustein des Campus für Demokratie einzusetzen und unter Einbeziehung des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten bei der Umsetzung mitzuwirken.

Als Unterstützung für Künstler, Journalisten oder Wissenschaftler, die heute in diktatorischen Staaten verfolgt werden und in Berlin im Exil sind, sollen auf dem Campus in einem der Häuser Arbeitsmöglichkeiten entstehen. Hierfür wird die Senatsverwaltung für Kultur und Europa aufgefordert, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten.

Als weitere Nutzung des Geländes soll die Unterbringung eines Verwaltungsstandortes, z.B. für den Bezirk Lichtenberg, oder einer wissenschaftlichen Einrichtung der Berliner Universitäten mit zeitgeschichtlichem Bezug, z.B. ein Institut für Kommunismusforschung geplant werden.

Zur Unterstützung der touristischen Belebung des Ortes soll die Ansiedlung einer Jugendherberge vorgesehen werden.

Für Weiterentwicklung und Management des Campus, insbesondere in der Planungs- und Bauphase, soll eine gemeinsame Struktur, z.B. eine Projektgesellschaft, des Landes Berlin und des Bundes gegründet werden. Der Senat wird beauftragt, entsprechende Vorbereitungen zu treffen und in die Gespräche mit dem Bund einzubringen.

In die weiteren konzeptionellen Arbeiten für den Campus sollen der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte und das dort bereits tätige Standortmanagement eingebunden werden.

Ein Bericht an das Abgeordnetenhaus soll zum 15. April 2023 und dann jährlich erfolgen.

Begründung

Das Gelände des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit steht nach wie vor zum größeren Teil leer. Durch die Übernahme des Bebauungsplanverfahrens, durch das Engagement der Berlinovo Immobilien Gesellschaft und durch das Standortmanagement hat der Senat bereits einige Schritte unternommen, um den Campus für Demokratie weiterzuentwickeln.

Der Bund sendet sowohl mit der Aufnahme des Campus für Demokratie in den Koalitionsvertrag als auch mit der geplanten Unterbringung weiterer DDR-Bestände des Bundesarchivs in einem Archivzentrum SED-Diktatur ein deutliches Zeichen und Bekenntnis zur Campusidee. Darüber hinaus liegt mit der Machbarkeitsstudie der Robert-Havemann-Gesellschaft zum Forum Opposition und Widerstand 1945-1990 nunmehr eine fundierte Vorarbeit für diese neue Institution vor, die mit Ausstellungen, dem Archiv der DDR-Opposition, historisch-politischer Bildungsarbeit und einem Forschungskolleg wesentlich zur Vermittlung von Wissen über die Diktatur und zur Demokratieförderung beitragen wird. Durch diese Vorhaben wird die weit über Berlin hinausreichende, nationale Bedeutung des Campus als Ort von Repressions- und Demokratiegeschichte deutlich.

Der Campus ist ein Zeugnis der friedlichen Revolution und der deutschen Demokratiegeschichte. Um Demokratie wird in vielen Ländern der Erde gerungen. Gerade Künstlerinnen, Journalisten oder Menschenrechtler brauchen im Exil Möglichkeiten, ihre Arbeit fortzusetzen. Auch dafür soll der Campus für Demokratie ein Ort werden. Vorbild dafür kann die Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte sein.

Der Campus ist mit seiner Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel bestens erreichbar. Mit der Weiterentwicklung des Geländes als Ort der Erinnerung und Kultur muss auch die Attraktivität, insbesondere für junge Menschen aus aller Welt, gestärkt werden. Dazu soll eine Jugendherberge als Teil touristischer Infrastruktur beitragen.

Der Campus bedarf eines Gesamtkonzeptes sowie einer strategischen Steuerung und Moderation. Dies gilt sowohl für den städtebaulichen Prozess wie für die Koordination und Kommunikation der unterschiedlichen öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Angebote. Die Zusammenarbeit zwischen Berlin und dem Bund bei der Weiterentwicklung des Campus für Demokratie ist durch vielfältige Zuständigkeiten oft umständlich. Auch die Einbeziehung der

privaten Eigentümerinnen ist bisher schwierig. Deshalb ist es sinnvoll, mittels einer Projektgesellschaft einen Träger für die weitere Entwicklung des Campus für Demokratie zu gründen und dadurch die Weiterentwicklung zielgerichtet zu befördern.

Berlin, 7. Februar 2023

Saleh Liebe
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Gebel Graf Otto
und die übrigen Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schatz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion Die Linke

Wegner Dr. Juhnke
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU

Czaja Förster
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der FDP